

Postulat Eva Krattiger/Seraina Patzen (JA!): Konsequente Klimapolitik #6: Verbot von Plastiksäcken (2019.SR.000118)

In der Stadtratssitzung vom 2. Juni 2022 wurde die gleichnamige Motion in ein Postulat umgewandelt und als solches erheblich erklärt.

Der Klimawandel wird die Welt, wie wir sie heute kennen, völlig zerstören. Diese menschengemachte Katastrophe lässt sich nicht mehr vollständig stoppen oder rückgängig machen. Wir müssen aber alles tun, um die verheerenden Folgen, die sich bereits heute zeigen, so weit wie möglich zu verhindern. Dafür müssen wir jetzt handeln. Kleine kosmetische Massnahmen reichen dafür nicht. Es kann auch nicht sein, dass weiterhin nur an die Eigenverantwortung von uns allen appelliert wird. Es braucht griffige, gesetzliche Massnahmen – auch in der Stadt Bern.

Eine solche Möglichkeit bietet ein Verbot von Plastik, spezifisch von Plastiksäcken. Sowohl die Herstellung als auch der resultierende Abfall von Plastiksäcken sind enorm umweltschädlich. Die Herstellung benötigt viel Erdöl und Energie, bei der Verbrennung werden umweltschädliche Stoffe freigesetzt und die Plastiksäcke, die nicht korrekt entsorgt werden, zersetzen sich erst nach hundert Jahren vollständig.

Die Schweiz ist zwar ganz vorne mit dabei, wenn es um Recycling und Kompostieren geht, jedoch sind wir auch die europaweit drittgrössten Abfallproduzenten.

Durch die Einführung einer Gebühr für Plastiksäcke durch die grossen Detailhändler hat der Verbrauch von Plastiksäcken schon abgenommen. Trotzdem sehen wir noch viel Handlungsbedarf:

Beim Verkauf von Obst und Gemüse stehen immer noch Gratisplastiksäcke zur Verfügung. Diese könnten jedoch einfach durch wiederverwendbare Stoffsäcke oder kompostierbare Plastiksäcke ersetzt werden. Die Stoffsäcke wären klimatechnisch insofern ideal, da sie sich durch eine sehr lange Lebenszeit auszeichnen. Das würde bei einem verhältnismässigen Preis dazu führen, dass die Leute diese Säcke auch viel öfters verwenden würden, anstatt sie immer gleich wegzuworfen.

Beim Verkauf von Gebäck stehen oftmals Papiertüten zur Verfügung, die aber ebenfalls einen Teil an Plastik haben. Das ist Plastikabfall, der ohne grössere Probleme vermieden werden kann, indem die Tüten ganzheitlich aus Papier hergestellt werden.

Kostenpflichtige Plastiksäcke gehen zu wenig weit und sind nur die halbe Lösung. Indem Plastiksäcke grundsätzlich verboten würden, könnte noch mehr bei der Plastikproduktion und dem Plastikabfall eingespart werden. Die Leute würden sich automatisch nachhaltiger verhalten, denn eine Stofftasche ist teurer und stabiler als ein Plastiksack und wird somit auch länger gebraucht und weniger schnell entsorgt.

Antrag

Deswegen fordern wir den Gemeinderat dazu auf, alle Plastiksäcke im Detailhandel zu verbieten. Ausgenommen davon sind kompostierbare Säcke für Obst und Gemüse.

Stattdessen sollen fair produzierte Stoff- und Papiertaschen gegen einen Aufpreis erhältlich sein.

Bern, 04. April 2019

Erstunterzeichnende: Eva Krattiger, Seraina Patzen

Mitunterzeichnende: Devrim Abbasoglu-Akturan, Leena Schmitter, Franziska Grossenbacher, Ursina Anderegg, Katharina Gallizzi, Lea Bill, Rahel Ruch

Bericht des Gemeinderats

Der Gemeinderat setzt sich dafür ein, dass Klimaschutzmassnahmen konsequent umgesetzt werden. Dabei spielen nicht nur territoriale Emissionen, die auf Stadtgebiet anfallen, eine Rolle, sondern auch Emissionen, welche durch unser Handeln im Ausland verursacht werden. Laut Bundesamt für Statistik fielen 2020 rund 66 %¹ der Emissionen, welche durch die Schweiz verursacht wurden, im Ausland an.

Da der Gemeinderat das Konsumverhalten der Bevölkerung und die Tätigkeiten der Wirtschaft nicht regulieren kann und darf sind einzig Information und Sensibilisierung möglich. Die Notwendigkeit, sich um Emissionen zu kümmern, welche ausserhalb des Stadtgebiets anfallen, liegt auf der Hand. Diese Forderung ist zudem in Artikel 1, Absatz 2 des Reglements über Klimaschutz vom 17. März 2022 (Klimareglement; KR; SSSB 820.1) festgehalten: «[...] Dabei verpflichtet sie sich, darauf zu achten, dass die Reduktion der Treibhausgasemissionen im Stadtgebiet nicht zur Erhöhung dieser Emissionen ausserhalb der Stadt führt».

Zu diesen Emissionen gehören die im Postulat erwähnten Plastiksäcke, aber auch ein grosser Anteil des gesamten restlichen Konsums. Aufgrund der verwaltungsintern beschränkt zur Verfügung stehenden Ressourcen müssen Themen zusammengefasst und die zur Verfügung stehenden Mittel gezielt eingesetzt werden. Das Thema Plastiksäcke kann aus diesen Gründen nicht isoliert und für sich alleinstehend weiterbearbeitet werden. Der Gemeinderat hat sich aber auch aufgrund der Forderungen des vorliegenden Postulats dazu entschieden, die Folgestrategie der Energie- und Klimastrategie 2025 durch weitere Handlungsfelder zu ergänzen. Eines dieser neuen Handlungsfelder wird sich den grauen Emissionen widmen. In diesem Handlungsfeld sind drei thematische Schwerpunkte vorgesehen: Konsum, Bauwirtschaft und Ernährung. Aktuell erarbeiten Vertreter*innen aus der gesamten Verwaltung die Energie- und Klimastrategie 2035. Politik und Öffentlichkeit haben ebenfalls die Möglichkeit, sich einzubringen (Echoräume und Energie- und Klimakommission). Die finalisierte Strategie inklusive Ziele und Massnahmen wird 2024 vorliegen.

Auswirkungen auf das Klima

Der Verzicht auf Verpackungsmaterial leistet einen Beitrag zur Reduktion der grauen Emissionen. Der Gemeinderat betrachtet das Thema gesamtheitlich und hat deshalb die Reduktion der grauen Emissionen als Handlungsfeld in die Energie- und Klimastrategie aufgenommen.

Folgen für das Personal und die Finanzen

Keine.

Bern, 31. Mai 2023

Der Gemeinderat

¹ <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/raum-umwelt/umweltindikatoren/alle-indikatoren/emissionen-und-abfaelle/treibhausgasemissionen.html>